

Unverkäufliche Leseprobe aus:

Dirk Blasius

Weimars Ende

Bürgerkrieg und Politik 1930–1933

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Inhalt

	Vorwort zur Taschenbuchausgabe	7
I.	Der vergessene Bürgerkrieg	9
	1. Forschungsfragen zur Weimarer Republik	9
	2. Bürgerkrieg als Forschungsaufgabe	15
II.	Die Kabinette Brüning	22
	1. 1930–1931: Schwelender Bürgerkrieg und staatliche Krisenpolitik	22
	2. 1932: »Wahlkrieg« und SA-Verbot	32
III.	Die Anfänge des Kabinetts von Papen.	48
	1. Die Entscheidung gegen ein Fortbestehen des SA-Verbots	48
	2. Regierungspolitik auf Freund-Feind-Linie	54
IV.	Die Bürgerkriegslage in der Sommerkrise 1932	60
	1. Orte politischer Gewalt: Ohlau und Altona	60
	2. Der Preußen-Schlag: Bürgerkrieg als Argument	68
V.	Frontwechsel im Bürgerkrieg	79
	1. Die »Blut«-Wahlen vom 31. Juli 1932	79
	2. Potempa-Mord und Potempa-Urteil	89
	3. Der Abschied von der Politik der »nationalen Konzentration«	96
VI.	Der erinnerte Bürgerkrieg: Der Preußen-Prozess vom Oktober 1932	108
	1. Die Bürgerkriegslage vor Gericht	109
	2. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs in der Bürgerkriegsfrage	117

VII. Der latente Bürgerkrieg: Politische Gewalt und Gewalt in der Politik am Ende des Kabinetts von Papen	123
1. Die November-Wahlen: Bürgerkriegsängste und NS-Machtanspruch	123
2. Der Griff nach dem Ausnahmezustand: Das »Kriegsspiel« Ott	136
VIII. Das Kabinett von Schleicher: Die gescheiterte Suche nach dem »inneren Frieden«	143
1. Das Straffreiheitsgesetz vom Dezember 1932	145
2. Schleichers Staatsnotstands-Plan: Chancen, Motive, Mythen	155
IX. Nach Schleicher: <i>Der Bürgerkrieg in Permanenz</i>	174
1. Bürgerkrieg und bürgerliche Optionen	174
2. Rasche Szenenwechsel: Von Papen über Scheicher zu Hitler	176
Quellen- und Literaturverzeichnis	179
Register	186

I. Der vergessene Bürgerkrieg

1. Forschungsfragen zur Weimarer Republik

Es gibt eine Reihe von Sturmjahren in der neueren deutschen Geschichte, in denen Entscheidungen von großer Tragweite fielen. 1848/49 unterlagen die Kräfte, die liberale und demokratische Prinzipien auf ihre Fahnen geschrieben hatten, den Verfechtern der überkommenen monarchisch-autoritären Staatsordnung. Als diese sich am Ende des Ersten Weltkriegs das Scheitern ihrer innenpolitischen Restriktionen und außenpolitischen Ambitionen eingestehen mussten, schien sich für Deutschland die Chance einer Abkehr vom bisherigen Obrigkeitsstaat zu eröffnen. 1918/19 wurde der Weg eines demokratischen Neubeginns angetreten. Es war nicht nur ein mühsamer, auch ein kurzer Weg, der in die Nacht des deutschen Schicksals in der NS-Zeit einmündete. In den Jahren 1930–1932 wurden die Anfänge der Weimarer Republik nur mehr als politisches Phantasma erinnert; Demokratie erschien als ein von der Wirklichkeit des politischen Lebens und der Härte der politischen Kämpfe eingeholtes und entlarvtes Trugbild. Wenn nach den Scheidewegen in der deutschen Geschichte gefragt wird, dann liegen in der späten Weimarer Republik jene Wendepunkte, die im 20. Jahrhundert das deutsche Volk für die Welt zu einem Schrecken verbreitenden Volk werden ließen.

Die zeithistorische Forschung hat nach dem Zweiten Weltkrieg von ihren Anfängen an besonderes Gewicht auf das Ende der Weimarer Republik gelegt und die Jahre des Demokratieverfalls als einen Schwellenzeitraum thematisiert. Ein gut gefüllter Speicher an geordnetem historischen Wissen steht heute zur Verfügung. Dennoch bleiben Weimars letzte Jahre eine »Determinante der Forschung«. In seiner gelungenen Bilanz der Weimarer Problemlagen und ihrer Aufarbeitung durch die Forschung hat Andreas Wirsching betont: »Das Scheitern der

Weimarer Republik, die singuläre Konvergenz von Wirtschafts- und Staatskrise zwischen 1930 und 1933 bleibt eine dauerhafte Herausforderung der Geschichtswissenschaft. In ihrer paradigmatischen Dramatik und ihren katastrophalen Folgen ist das Ende der ersten deutschen Demokratie stets eine Determinante der historischen Forschung gewesen, und sie wird es auf unabsehbare Zeit bleiben.«¹

Der Stachel historischen Fragens bezieht sich auf die Brücken, die ins »Dritte Reich« führten. Wie konnte eine Bewegung, die Gewalt predigte, und vor Gewalt nicht zurückschreckte, innerhalb eines kurzen Zeitraums den Durchbruch zur Macht schaffen, – was verlieh ihr in den Augen der deutschen Bevölkerung das Imprimatur der Machtausübung? Der »Tiefenakzeptanz der NS-Diktatur« (Andreas Wirsching) geht die wachsende Akzeptanz der NS-Partei im Wettstreit der politischen Kräfte Anfang der dreißiger Jahre voraus. Auch Hans-Ulrich Wehlers »Deutsche Gesellschaftsgeschichte« der Jahre 1914 bis 1949 hält Fassungslosigkeit über die »bestürzende Erfolgsserie von 1930 bis Ende 1932« fest.² Worauf beruhte sie? Mit welchen Instrumenten und mit welchen Parolen gelang dem Nationalsozialismus eine Massenmobilisierung, die in der Geschichte Weimars einzigartig ist? Wehler verweist auf Führerkult und Hitlers charismatische Wirkung, auf das Versprechen einer Rückkehr zu nationaler Größe, auf den lautstarken Kampf gegen die Versailler Ordnung, auf die Zugkraft der »Volksgemeinschaft«-Vokabel; alle diese Faktoren hätten dem »Erfolgsgeheimnis der Hitler-Bewegung« zugrunde gelegen. »Daß sie aber solche welthistorischen Folgen zeitigen konnten, unterstreicht noch einmal, wie unabdingbar der Radikalnationalismus und die Erwartung eines politischen Messias den gesellschaftlichen Resonanzboden für die Formierung von Hitlers charismatischer Herrschaft bildeten.«³

Mit »politischem Messias« und »Radikalnationalismus« werden historischen Erklärungsversuchen Stichworte geliefert, die weitgehend Blickbahnen öffnen, aber auch verstellen können, sind sie doch mit der Deutung deckungsgleich, die die Nationalsozialisten ihren Erfolgen gaben. Den »gesellschaftlichen Reso-

¹ Wirsching, Weimarer Republik, S. 109.

² Wehler, S. 571.

³ Ebd., S. 580

nanzboden« für den NS-Aufstieg gilt es genauer abzusuchen. Was war der eigentliche Anklang-Verstärker im Ausgang der Weimarer Jahre? Waren es die Verwirrungszustände des bürgerlichen Bewusstseins oder war es die Gefährdungslage, in die die bürgerliche Gesellschaft geraten war? Eberhard Kolb hat mit Recht vor »monokausalen Erklärungsversuchen« gewarnt, »in denen der Aufstieg des Nationalsozialismus und die Machtübertragung an Hitler auf eine einzige oder allein ausschlaggebende Ursache zurückgeführt« werden.⁴ Aufgabe der Forschung sei »die Aufhellung eines sehr komplexen Ursachengeflechts«. Als »Determinanten« für die Interpretationsbemühungen des Historikers nennt Kolb die von der Weimarer Verfassung vorgegebenen institutionellen Rahmenbedingungen, d. h. die Machtfülle des Reichspräsidenten gegenüber den politischen Rechten und Einflussmöglichkeiten des Reichstags. Als in der Ära Brüning sich die politisch Verantwortlichen der »Illusion einer Regierung ohne Parteien« hingaben und, so Hans Mommsen, eine nicht mehr rückgängig zu machende »Informalisierung des politischen Prozesses« einsetzte, nutzten die Nationalsozialisten diese Entwicklung für ihren parteipolitischen Aufstieg.⁵ Auch Kolb zählt die Antworten auf, die die historische Forschung auf die Frage nach dem Scheitern der Weimarer Demokratie und der Ermöglichung Hitlers zu geben versucht hat. Alles hat seinen Erklärungswert: der Blick auf die ökonomischen Zwangslagen in einer Krise der Weltwirtschaft; die weithin ungebrochene Prägekraft obrigkeitsstaatlicher Traditionen für die politische Kultur der ersten deutschen Demokratie; die Verwerfungen im sozialen Gefüge, die den bürgerlichen Mittelstand zum Verlierer in der Nachkriegsgesellschaft der zwanziger Jahre werden ließen; *Versailles* als Stigma nationalen Selbstwertgefühls; die massensuggestive Wirkung der NS-Propaganda; das Versagen der sich politische Verantwortung anmaßenden Persönlichkeiten, in erster Linie Hindenburg, Papen und Schleicher.⁶

Bei der Reihung der »Komponenten«, die die Weimarer Ordnung destabilisiert und delegitimiert haben, fehlt die Bürgerkriegs-Perspektive. 1918 war der Krieg zu Ende, doch es begann ein Bürgerkrieg der Worte, Taten und Ideologien, der Weimar

⁴ Kolb, Weimarer Republik, S. 230.

⁵ Mommsen, Regierung ohne Parteien, S. 120.

⁶ Kolb, Weimarer Republik, S. 230 f.

dem Abgrund entgegen treiben ließ. Karl Dietrich Bracher hat schon 1955 die »innenpolitische Katastrophe von 1930/33« mit dem »hektischen Sog jener Jahre« in Verbindung gebracht.⁷ Politische Feindschaften eskalierten in politischen Gewaltausbrüchen, die Politik geriet in den Sog eines offenen Bürgerkriegs. War die nationalsozialistische Machtergreifung, so deutete Bracher die »Auflösung der Weimarer Republik«, Folge und gleichzeitig Durchbrechung jenes »Machtvakuum«, das die vom Reichspräsidenten Hindenburg eingesetzten Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher im »demokratischen Raum« geschaffen hatten?⁸ Das Argument, der Nationalsozialismus habe am 30. Januar 1933 die Macht in einem machtentleerten Raum angetreten, trifft in dieser Verkürzung sicherlich nicht zu. Ersetzt man den Begriff *Machtvakuum* durch *Ordnungsvakuum*, hat man eine Formel zur Hand, die die politischen Zustände in der späten Weimarer Republik in ihrer gesellschaftlichen Tiefendimension erschließt. An der Frage nach Bürgerkrieg und Bürgerfrieden entschied sich das Schicksal der Weimarer Republik.

Das Bürgerkriegsparadigma begegnet zwar in den Forschungen zur Weimarer Republik, aber es ist nie zur Leitlinie einer systematischen Interpretation gemacht worden. Ernst Nolte hat den »europäischen Bürgerkrieg« der Jahre 1917–1945 als fundamentale ideologische Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus in aller Breite ausgelegt und im Nationalsozialismus eine Reaktion auf die »Vernichtungsdrohung« sehen wollen, die der Bolschewismus gegen das europäische Bürgertum gerichtet habe.⁹ Es war der *deutsche* Bürgerkrieg, der zur Katastrophe Europas im Zweiten Weltkrieg führte, kein europäischer, vom Kommunismus ausgerufenen Bürgerkrieg, dem Deutschland anheim fiel. Im Gedankenschaum Noltés verflüchtigt sich die konkrete Bürgerkriegslage im Deutschland der zwanziger Jahre, – das, was Bernd Weisbrod als Übermaß von Gewalt in Politik und politischer Kultur angesprochen hat.¹⁰ Weisbrod sieht unter dem Gesichtspunkt der »Akzeptanz von illegaler politischer Gewalt« die Weimarer Zeit als eine Art Inkubationsphase der NS-Zeit

⁷ Bracher, *Auflösung*, S. XXIII (Vorwort 1955).

⁸ Ebd., S. 525 u. 632.

⁹ Nolte.

¹⁰ Weisbrod.

an. Es wird zu prüfen sein, ob nicht nur die spektakulären politischen Morde an Luxemburg, Liebknecht, Erzberger und Rathenau zu einer breiten, weit in das bürgerliche Lager hineinreichenden »Bürgerkriegspsychose« geführt haben, sondern auch die Profanisierung politischer Gewalt in den späten Jahren der Republik. Das Ubiquitäre politischer Kampfhandlungen flößte den Menschen Angst ein – Ängste, die die verschiedenen politischen Lager zu ihrem Vorteil auszubeuten versuchten.

In der Krise der Weimarer Republik wirkte die politische Gewalt krisenverschärfend.¹¹ Doch spitzten sich die politischen Auseinandersetzungen so zu, dass man von einem Bürgerkrieg sprechen kann? Hatten die inneren Kämpfe einen kriegsähnlichen Umfang? Mit diesen Fragen hat sich punktuell die Bürgerkriegsliteratur zur Weimarer Zeit beschäftigt. Man scheut davor zurück, von einem »echten Bürgerkrieg« zu sprechen. »Obwohl die politische Gewalt in den letzten Jahren Weimars auf den Straßen Deutschlands weit verbreitet war, wuchs sie sich nicht zu einem Bürgerkrieg aus. Wenn man die Anzahl der jungen Männer in den politischen Kampfverbänden in Deutschland um 1932 betrachtet, überrascht eher die geringe Zahl der in politischen Konfrontationen Getöteten.«¹² Die Zahl von Kriegstoten ist sicherlich ein Gradmesser für die Intensität von Staatenkriegen, für die Härte und Unerbittlichkeit von Bürgerkriegskonflikten gelten andere Parameter. Sie haben sich an empirischen Befunden zu orientieren, die von Gewaltepisoden bis zu Gewaltexzessen reichen. Nur so lassen sich die Gründe für das Aufkommen einer »Bürgerkriegshysterie« Anfang der dreißiger Jahre benennen, die nicht nur die Menschen wie eine Seuche befallen, sondern auch die Politik in verhängnisvoller Weise kontaminiert hat.

Andreas Wirsching hat in einer großen, in ihrem komparativen Ansatz wegweisenden Studie den politischen Extremismus in Deutschland und Frankreich während der Zwischenkriegszeit untersucht.¹³ An den Beispielen Paris und Berlin arbeitet er typische Verläufe der Gewalteskalation heraus. Von den Erscheinungsformen aus ergab sich ein ähnliches Bild. »Paramilitärische Mobilmachungen, Aufmärsche, Bewaffnung extre-

¹¹ Vgl. *Bessel*.

¹² *Ebd.*, S. 389.

¹³ *Wirsching*, *Politischer Extremismus*.

mistischer und sympathisierender Gruppierungen, gewaltsame Zusammenstöße z. T. mit Todesfolge standen in beiden Hauptstädten während des jeweiligen Zeitraums auf der Tagesordnung, wobei freilich in Paris qualitativ wie quantitativ niemals ein ähnliches Ausmaß an politischer Gewalt erreicht wurde wie in Berlin.«¹⁴ Doch auch in Bezug auf das deutsche Zentrum politischer Gewalt registriert Wirsching eher eine »latente« denn echte Bürgerkriegssituation, die freilich massive Bedrohungsgefühle bei den Menschen freigesetzt habe.¹⁵ Im regionalen Bereich, bezogen auf die preußische Provinz Sachsen mit dem Regierungsbezirk Merseburg als »industriellem Herz«, kommt Dirk Schumann zu ähnlichen Feststellungen.¹⁶ Den Typ politischer Gewalt, der hier begegnet, beschreibt er als »Versammlungskleinkrieg«.¹⁷ Auch das »blutige Jahr 1932« habe nicht im Zeichen eines »wirklichen« Bürgerkriegs gestanden; Deutschland sei am Ende der Weimarer Republik nicht kurz davor gewesen, »in einer uneindämmbaren Flut von Gewalt [...] zu versinken.«¹⁸

Die in der vorliegenden Untersuchung gewählte Perspektive setzt Akzente, die sich auch von vergleichenden Forschungsfragen nach dem »Ausmaß von Nachkriegsgewalt« in den Hauptkriegsstaaten des Ersten Weltkriegs – Deutschland, Frankreich, England, Italien und Russland – abheben. Auch im Staatenvergleich müsse der Erste Weltkrieg als Ursache für die den europäischen Kontinent überspülende »Gewaltwelle« nach 1918 relativiert werden.¹⁹ Für die Gesellschaft der Weimarer Zeit sei hinter die These einer »violent society« ein Fragezeichen zu setzen.²⁰ Die Dechiffrierung politischer Gewalt in den zwanziger Jahren sagt freilich noch nichts über die Austauschprozesse von Politik und Gewalt aus, – darüber, wie sich die Steigerung politischer Gewalt und die Ausprägung einer gewaltförmigen Politik gegenseitig bedingt haben. Für die Relation von »violence and society« gibt die Politik die Bemessungsgrundlage ab.

¹⁴ Ebd., S. 603.

¹⁵ Ebd., S. 591 u. 603 f.

¹⁶ Schumann, Politische Gewalt.

¹⁷ Ebd., S. 314.

¹⁸ Ebd., S. 366.

¹⁹ Schumann, Weltkrieg und Nachkriegszeit.

²⁰ Ziemann.

2. Bürgerkrieg als Forschungsaufgabe

Es ist schwer, aber nicht unmöglich, die Pegelhöhe politischer Gewalt in der späten Weimarer Republik genauer zu bestimmen. Dazu wird hier auf die archivalische Überlieferung der preußischen Behörden und Ministerien zurückgegriffen. An den »Akten der Reichskanzlei« wird zu verfolgen sein, wie im krisengeschüttelten Ausgang der Weimarer Republik der *Bürgerkrieg* zum bestimmenden Faktor von Regierungspolitik wurde.²¹ Vor allem aber wird eine systematische Auswertung der meinungsbildenden großen Presseorgane für die Jahre 1930–1933 vorgenommen. Parteizeitungen und die unabhängige Presse führten einen Bürgerkrieg des gedruckten Worts, und heizten mit ihrem Kampf um die Nachrichten- und Meinungshoheit Bürgerkriegsängste mit an. Es gab einen Transfer von Befunden politischer Gewalt in die Sphäre der Politik.

Zeitungen sind als historische Quelle für das Ende der Weimarer Republik von Bernd Söseman mit großem Ertrag für die Geschichtswissenschaft verwendet worden. In einer frühen Arbeit beschreibt Söseman das Scheitern eines demokratischen Konzepts im Spiegel der bedeutendsten journalistischen Verteidiger der Demokratie; in einem Porträt Theodor Wolffs (1863–1943), des verantwortlichen Leiters des »Berliner Tageblatts«, zeichnet er die mutigen Versuche der Selbstbehauptung einer Publizistik nach, auf die die immer näher rückende NS-Diktatur ihre Schatten vorauswarf.²² In der vorliegenden Arbeit werden Zeitungsquellen unter dem Gesichtspunkt einer politischen Selbstbeschreibung der späten Weimarer Republik ausgewertet.²³ Dieser Quellentyp enthüllt gleichsam das ganze historische Gewicht, das dem Bürgerkriegsproblem beizumessen ist. Auch die provokante These von der »Selbstpreisgabe« der Weimarer Demokratie, zugespitzt in der Aussage, es han-

²¹ Vgl. *Die Kabinette Brüning; Das Kabinett von Papen; Das Kabinett von Schleicher*. Da es um die Rekonstruktion von Regierungspolitik in einer *Bürgerkriegslage* geht, stützt sich diese Arbeit auf die Edition der Reichskanzleiakten, die ein breiteres Überlieferungsspektrum einfangen als die frühere, die Forschung bereichernde Dokumentation *Staat und NSDAP*.

²² Vgl. *Söseman*, Ende der Weimarer Republik, S. 154–175; *ders.*, Theodor Wolff, S. 261–286.

²³ Vgl. die solide, aber wenig inspirierende Darstellung von *Stadel*.

dele sich bei ihrem Untergang »nicht um einen Fall von Totschlag, sondern von Selbstmord«, widerspricht den zeitgenössischen Stimmen der Selbstwahrnehmung.²⁴ Als Presseorgane wurden benutzt: 1. die »Germania«; trotz der relativ geringen Auflage von täglich 35.000 Exemplaren(1932) war sie unter den katholischen Blättern die tonangebende Zentrums-Zeitung.²⁵ 2. die »Neue Preußische Kreuz-Zeitung«, den Deutschnationalen nahe stehend, tägliche Auflage 1933: 13.600 Exemplare; 3. die »Rote Fahne«, Zentralorgan der KPD, mit einer Auflage von täglich 130.000 Exemplaren (1932); 4. der »Völkische Beobachter«, von Hitler herausgegeben, tägliche Auflage 1933: 110.000 Exemplare; 5. der »Vorwärts«, Zentralorgan der SPD, Auflage 1930–1932: ca. 300.000 Exemplare; 6. die »Vossische Zeitung«, liberales Vorzeigebblatt des Ullstein-Verlages, Auflage 1933: 57.000 Exemplare.²⁶ Obwohl das »Berliner Tageblatt« des Mosse-Verlags mit einer Wochentags-Auflage von 130.000 am Zeitungsmarkt das weit erfolgreichere liberale Blatt war, gelang es dem Chefredakteur der »Vossischen Zeitung«, Julius Elbau (1881–1965), seinem Blatt Ansehen und starke Beachtung von Seiten der Politik zu verschaffen.²⁷

Die Weimarer Republik war eine Nachkriegsgesellschaft und von Anbeginn an mit dem Gespenst des Bürgerkriegs konfrontiert. In gewisser Weise kann man davon sprechen, dass sich 1930–1932 eine Situation wiederholte, die 1918–1920 überstanden worden war. Die Hypersensibilität, mit der Politik und Gesellschaft am Ende der Weimarer Republik auf Bürgerkriegsgefahren reagierten, hängt mit den Wunden zusammen, die der Bürgerkrieg der jungen Republik geschlagen hatte. Die Novemberrevolution vermachte Weimar ein Erbe an »mentaler Instabilität«.²⁸ An den Krisenstellen der zwanziger Jahre brach sich immer wieder das Gefühl eines »aufgeschobenen Bürgerkriegs« Bahn, aber auch in den scheinbar stabilen Phasen der Weimarer Republik waren die gewaltsamen, bürgerkriegsähn-

²⁴ Vgl. *Erdmann/Schulze*, Selbstpreisgabe, S. 346.

²⁵ *Koszyk*, S. 302; vgl. Kapitel VI: Parteien und Presse, S. 240–336.

²⁶ Vgl. zur Auflagenhöhe ebd.; *Stadel*, S. 327; *Sperlings Zeitschriften- u. Zeitungs-Adreßbuch*, 1933, S. 465–468.

²⁷ Vgl. *Sösemann*, Ende der Weimarer Republik, S. 30–34; *Koszyk*, S. 256–258.

²⁸ Vgl. *Lehnert*.

lichen Auseinandersetzungen der Revolutionsjahre 1918/19 »eine schwer abtragbare Hypothek«. ²⁹ Sicherlich hängt die starke Gewichtung des Bürgerkriegs mit der fehlenden Tradition demokratischer Konfliktbewältigung in Deutschland zusammen, doch für die Zeitgenossen hatte das Gewaltaufkommen die Dimension existenzieller Betroffenheit und Bedrohung.

Im November 1918 schwiegen die Waffen, doch mit dem Ausbruch der Revolution tauchte das Schreckenswort vom Bürgerkrieg auf und wurde zur ideologischen Kampfparole. Der Krieg fand seine Fortsetzung im Raum einer mit Feindbildern aufgeladenen Politik. Es waren die deutschen Kinder der russischen Oktoberrevolution, die Diktatur – nicht Demokratie riefen, und es war die im Kaiserreich politisch sozialisierte Sozialdemokratie, die das Nachkriegschaos »in demokratische Bahnen« lenken wollte. Diese Formulierung wählte das Kölner SPD-Blatt, die »Rheinische Zeitung«, um am 15. November 1918 eine »Entschließung« des Kölner Arbeiter- und Soldatenrats bekannt zu geben.

»Der A.-S. Rat Kölns erklärt sich mit den programmatischen Kundgebungen der sozialdemokratischen Regierung einverstanden. Er hält daran fest, daß die Organisation des A.-S.-Rats nur *vorübergehend* sein kann. Die endgültige innenpolitische Gestaltung Deutschlands muß Sache der *Nationalversammlung* sein. *Jede Diktatur ist abzulehnen.*«³⁰

Man wandte sich scharf gegen die, die für radikale Lösungen plädierten, die den Bürgerkrieg als Geburtssituation einer nachbürgerlichen Ordnung herbeisehnten. »Die Befolgung der Spartakusrezepte würde binnen kurzem die komplizierte deutsche Volkswirtschaft krachend zusammenbrechen lassen, furchtbare Hungersnot würde das Land heimsuchen, der Bürgerkrieg würde entbrennen, das *Ende* würde das *Chaos* sein.« Schon 1918/19 verbargen sich hinter der Bürgerkriegssprache nackte Machtkalküle, schon hier ging es, wie am Ende der Republik, um Machtbehauptung und Machtergreifung.

Am 20. November 1918 verdammt Rosa Luxemburg in der »Roten Fahne«, damals noch »Zentralorgan des Spartacusbundes«, die »Nationalversammlung« als Camouflage der »bürgerlichen Klassenherrschaft«. »Von der ›Deutschen Tageszeitung‹,

²⁹ Schumann, Bürgerkrieg 1923, S. 544.

³⁰ In demokratischen Bahnen, in: *Rheinische Zeitung*, Jg. 27, 15.11.1918.